Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Zum Modell der allgemeinen Unternehmenssteuer und Gang der Untersuchung	13
2. Teil. Der allgemeine Gleichheitssatz	21
1. Kapitel. Träger des allgemeinen Gleichheitsgrundrechts	21
2. Kapitel. Adressaten des allgemeinen Gleichheitsgrundrechts	24
3. Kapitel. Struktur und Inhalt der Rechtsetzungsgleichheit	26
§ 1 Formale Struktur der Rechtsetzungsgleichheit	26
§ 2 Inhaltliche Konkretisierung der Rechtsetzungsgleichheit	28
I. Von der Willkür-Rechtsprechung zur „neuesten Formel“ des Bundesverfassungsgerichts	29
1. Die Willkür-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	29
2. Die „neue Formel“ des Bundesverfassungsgerichts	31
a) Gruppenvergleich und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	32
aa) Legitimer Zweck	33
bb) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	34
(1) Geeignetheit	35
(2) Erforderlichkeit	35
(3) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	36
b) Beibehaltung der Willkürkontrolle	37
3. Die „neueste Formel“ des Bundesverfassungsgerichts	40
II. Von der Sachgerechtigkeit und Systemgerechtigkeit zur Folgerichtigkeit	41
1. Sachgerechtigkeit	42
2. Systemgerechtigkeit und Folgerichtigkeit	43
4. Kapitel. Der allgemeine Gleichheitssatz im Steuerrecht	46
§ 3 Leistungsfähigkeitsprinzip als Verfassungsprinzip	48
I. Eine Ansicht	48

II.	Andere Ansicht	49
III.	Stellungnahme	50
	1. Leistungsfähigkeitsprinzip als ein in Art. 3 Abs. 1 GG verankertes Verfassungsprinzip	51
	2. Sozialstaatliche Anreicherung und Begrenzung des Leistungsfähigkeitsprinzips	55
	3. Freiheitsgrundrechtliche Begrenzung des Leistungsfähigkeitsprinzips	60
§ 4	Konkretisierung des Leistungsfähigkeitsprinzips	61
I.	Besteuerung des Einkommens natürlicher Personen	63
	1. Der Begriff des Einkommens	65
	a) Quellentheorie	65
	b) Reinvermögenszugangstheorie	66
	c) Pragmatischer Einkommensbegriff	68
	d) Markteinkommenstheorie	70
	aa) Zur verfassungsrechtlichen Verankerung	72
	bb) Zur einfachgesetzlichen Verankerung	73
	2. Das Nettoprinzip	75
	a) Objektives Nettoprinzip	76
	b) Subjektives Nettoprinzip	78
II.	Besteuerung des Einkommens von Körperschaften	81
	1. Grundzüge des herkömmlichen Körperschaftsteuerrechts	82
	2. Leistungsfähigkeit der Körperschaften	83
	a) Ansicht der finanzwissenschaftlichen Steuerlehre	83
	b) Ansicht der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre	87
	c) Ansicht der rechtswissenschaftlichen Steuerlehre	89
	d) Stellungnahme	90
	aa) Objektive Leistungsfähigkeit der Körperschaften	91
	bb) Grundsatz der Wettbewerbsneutralität	93
	cc) Körperschaftsteuer als Einkommensteuer der Körperschaften	97
	e) Ergebnis	100
III.	Periodische Besteuerung des Einkommens	101
§ 5	Durchbrechungen des Leistungsfähigkeitsprinzips	102
I.	Vereinfachungsnormen	103
II.	Lenkungsnormen	106

1. Rechtfertigungsanforderungen des Bundesverfassungsgerichts	108
a) Gemeinwohlzweck	110
b) Erkennbare Entscheidung und tatbestandliche Vorzeichnung	111
c) Gleichheitsgerechte Ausgestaltung	112
2. Rechtfertigungsanforderungen der Lehre	113
3. Eigene Ansicht	114
§ 6 Geltungsanspruch des Leistungsfähigkeitsprinzips bei Lenkungsnormen?	117
3. Teil. Prüfung der Vereinbarkeit der Unternehmenssteuer mit dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG	120
1. Kapitel. Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG auf Grund des unter dem Einkommensteuerspitzensatz liegenden Unternehmenssteuersatzes	120
§ 7 Gleichheitssatzwidrige Behandlung von Unternehmenssteuerpflichtigen und Einkommensteuerpflichtigen	120
I. Ungleichbehandlung	120
1. Vergleichbarkeit der Sachverhalte	121
a) Einkommenserzielung als gemeinsamer Oberbegriff	121
b) Objektive Leistungsfähigkeit als Bezugspunkt	121
c) Vergleichbarkeit trotz Regelung in unterschiedlichen Steuergesetzen?	122
d) Vergleichbarkeit trotz verbleibender Differenzen?	124
e) Ergebnis	124
2. Verstoß gegen das Gebot der Folgerichtigkeit	125
3. Differenzierende Behandlung	130
II. Rechtfertigung	132
1. Intensität der Rechtfertigungsprüfung	133
a) Zum Kriterium der mittelbaren Ungleichbehandlung von Personengruppen	133
b) Zum Kriterium der Einflussnahmemöglichkeit der Betroffenen auf die Ungleichbehandlung	134
c) Ergebnis	134
2. Unternehmenssteuersatzregelung als Fiskalzwecknorm	135

a)	Unterschiedliche Leistungsfähigkeit auf Grund unterschiedlicher Risiken?	136
b)	Ergebnis	143
3.	Unternehmenssteuersatzregel als Vereinfachungsnorm	143
4.	Unternehmenssteuersatzregel als Lenkungsnorm	144
a)	Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Investitionen	145
aa)	Gemeinwohlzweck	145
bb)	Tatbestandliche Vorzeichnung	147
cc)	Ergebnis	153
b)	Schaffung von Arbeitsplätzen	154
aa)	Gemeinwohlzweck	154
bb)	Tatbestandliche Vorzeichnung	157
cc)	Ergebnis	159
c)	Verbesserung der Position des Wirtschaftsstandortes Deutschland im internationalen Steuerwettbewerb	160
aa)	Gemeinwohlzweck	161
bb)	Tatbestandliche Vorzeichnung	162
cc)	Geeignetheit	163
dd)	Erforderlichkeit	168
(1)	Steuerbemessungsgrundlage als alternativer Ansatzpunkt?	168
(2)	Angleichung des Einkommensteuerspitzensatzes an den Unternehmenssteuersatz	169
(3)	Ergebnis	172
ee)	Angemessenheit	172
ff)	Ergebnis	174
5.	Ergebnis	174
§ 8	Keine gleichheitssatzwidrige Behandlung von unternehmenssteuerpflichtigen natürlichen Personen und Körperschaften	174
2. Kapitel.	Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG auf Grund der Steuerfreiheit von Gewinnausschüttungen und Gewinnentnahmen	175
§ 9	Gleichheitssatzwidrige Behandlung von unternehmenssteuerpflichtigen natürlichen Personen und Einkommensteuerpflichtigen	175
I.	Ungleichbehandlung	176

1.	Vergleichbarkeit der Sachverhalte	176
2.	Verstoß gegen das Gebot der Folgerichtigkeit	177
3.	Differenzierende Behandlung	178
II.	Ergebnis	179
§ 10	Gleichheitssatzwidrige Behandlung von Anteilseignern und Einkommensteuerpflichtigen	179
I.	Ungleichbehandlung	179
1.	Vergleichbarkeit der Sachverhalte	180
a)	Einkünfteerzielung als gemeinsamer Oberbegriff	180
b)	Objektive Leistungsfähigkeit als Bezugspunkt	180
2.	Verstoß gegen das Gebot der Folgerichtigkeit	181
3.	Differenzierende Behandlung	183
II.	Rechtfertigung	183
1.	Intensität der Rechtfertigungsprüfung	183
2.	Steuerfreistellungsregel als Fiskalzwecknorm	184
a)	Unterschiedliche Leistungsfähigkeit auf Grund unterschiedlicher Risiken?	184
b)	Ergebnis	185
3.	Keine Rechtfertigung der Steuerfreistellungsregel als Vereinfachungsnorm	185
4.	Steuerfreistellungsregel als Lenkungsnorm	186
a)	Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Investitionen	186
aa)	Gemeinwohlzweck	186
bb)	Tatbestandliche Vorzeichnung	186
cc)	Ergebnis	187
b)	Schaffung von Arbeitsplätzen	188
aa)	Gemeinwohlzweck	188
bb)	Tatbestandliche Vorzeichnung	188
cc)	Ergebnis	189
c)	Verbesserung der Position des Wirtschaftsstandortes Deutschland im internationalen Steuerwettbewerb	189
aa)	Gemeinwohlzweck	190
bb)	Tatbestandliche Vorzeichnung	190
cc)	Geeignetheit	190
dd)	Erforderlichkeit	192
ee)	Angemessenheit	192
ff)	Ergebnis	194
5.	Ergebnis	194

3. Kapitel. Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG auf Grund der Verwirklichung des subjektiven Nettoprinzips allein bei der Einkommensteuer	195
§ 11 Ungleichbehandlung	195
I. Differenzierende Behandlung mangels Verwirklichung des subjektiven Nettoprinzips im Rahmen der Unternehmenssteuer	195
II. Verstoß gegen das Gebot der Folgerichtigkeit	198
§ 12 Rechtfertigung	201
I. Intensität der Rechtfertigungsprüfung	201
II. Keine Rechtfertigung als Fiskalzwecknorm	202
III. Keine Rechtfertigung als Vereinfachungsnorm	203
IV. Rechtfertigung als Lenkungsnorm	204
1. Herstellung von Rechtsformneutralität	204
a) Exkurs: Das Postulat der Rechtsformneutralität	205
aa) Das ökonomische Postulat der rechtsformneutralen Besteuerung	205
bb) Rechtsformneutralität der Besteuerung als verfassungsrechtliches Gebot?	207
(1) Erste Ansicht	207
(2) Zweite Ansicht	209
(3) Stellungnahme	211
b) Gemeinwohlzweck	221
c) Tatbestandliche Vorzeichnung	222
d) Geeignetheit	223
e) Erforderlichkeit	224
f) Angemessenheit	227
2. Ergebnis	228
V. Ergebnis	228
4. Kapitel. Endergebnis	228
4. Teil. Schlussbetrachtung	229
Literaturverzeichnis	231